

Stellungnahme

Düsseldorf, 31. August 2023

Stellungnahme zum Antrag „Statt Kies-Euro smartes Rohstoffmanagement für Nordrhein-Westfalen - Landesregierung muss neue schädliche Belastungen für Steuerzahler unterlassen“ der FDP-Landtagsfraktion (Drs. 18/4568)

Der Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen verbindet als Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband nordrhein-westfälische Unternehmen der Bauindustrie und benachbarter Branchen. Als freiwilliger Zusammenschluss und größtes Kompetenzzentrum der Bauindustrie in NRW betreut und repräsentiert der Verband Bauunternehmen aller Bausparten. Seine Mitgliedsunternehmen stehen für mehr als die Hälfte der in Nordrhein-Westfalen erbrachten Bauleistung und beschäftigen rund 40 Prozent aller Mitarbeiter des Bauhauptgewerbes¹. Von kleinen Familienbetrieben über kleinere und große mittelständische Unternehmen bis hin zu Niederlassungen international agierender Baukonzerne sind die Mitgliedsunternehmen in allen Bereichen des Hoch- und Tiefbaus tätig. Diese agieren als Partner sowohl von privaten als auch vielfach von öffentlichen Auftraggebern. Der Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen ist der größte bauindustrielle Landesverband in der Bundesrepublik.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit der Stellungnahme im Rahmen der Verbändeanhörung zum Antrag „Statt Kies-Euro smartes Rohstoffmanagement für Nordrhein-Westfalen - Landesregierung muss neue schädliche Belastungen für Steuerzahler unterlassen“ der FDP-Landtagsfraktion (Drs. 18/4568).

Grundsätzlich

Die Bauindustrie sieht sich als strategischer Partner der Politik bei der Umsetzung einer Nachhaltigkeits- und Energiewende in NRW. Dies gilt im Hinblick auf das ressourcen- und kostenbewusste Bauen mit geschlossenen Stoffkreisläufen, von klimagerechten Gebäudebeständen über ein adäquates Wohnungsangebot bis hin zu einer bedarfsgerechten Verkehrsinfrastruktur.

¹ Unternehmen mit mehr als 20 Mitarbeitern

Bauen ist naturgemäß immer auch mit Ressourceneinsatz und CO₂-Emissionen verbunden. Unser Ziel ist deshalb, die Ressourceneffizienz weiter zu steigern, eine funktionierende Kreislaufwirtschaft zu etablieren das Bauen über die gesamten Wertschöpfungskette zu dekarbonisieren. Da Bauwerke langjährige Ressourcenspeicher sind, können eine vorausschauende Planung, effiziente Errichtung und Nutzung dazu beitragen, die Emission von Treibhausgasen zu senken und den Klimaschutz zu verbessern. Für den Bausektor spielen dafür die konstruktive Ausgestaltung des Bauwerks und der Einsatz von Sekundär- statt Primärbaustoffen im Sinne einer umfassenden Kreislaufwirtschaft eine wesentliche Rolle. Die Bauwirtschaft spricht sich dabei immer für positive Anreize zum Einsatz von Sekundärrohstoffen und gegen Zwangsabgaben aus – Produktneutralität und Technologieoffenheit fördern Innovationen.

Herausforderungen in NRW

Neben dem Erhalt und Ausbau unserer essenziellen Verkehrsinfrastruktur ist die Versorgung mit ausreichend bezahlbarem, qualitativ hochwertigem und attraktivem Wohnraum zentrale Zukunftsaufgabe in NRW. Der Politik kommt hier eine besondere Verantwortung zu, die Rahmenbedingungen zur Lösung dieser Aufgaben positiv auszugestalten und Planungssicherheit für Wirtschaft und Gesellschaft in unserem Bundesland zu schaffen.

Die Rahmenbedingungen dafür stellen sich aktuell als ausgesprochen herausfordernd dar: neben den massiv gestiegenen Bau- und Materialkosten sind auch die Finanzierungskosten für Auftraggeber deutlich gestiegen und weiterhin hohe Inflationsraten zu verzeichnen. Der **Baupreisindex für Wohngebäude** (Neubau) in Nordrhein-Westfalen lag im Mai 2023 um **7,7% höher** als ein Jahr zuvor.

Die Folgen sind aktuell deutlich erkennbar: die Auftragseingänge für die nordrhein-westfälische Bauwirtschaft waren im ersten Halbjahr 2023 (Januar bis Juni) – insbesondere unter Berücksichtigung der Inflation – deutlich rückläufig. Im **Wohnungsbau** gingen die Aufträge um **-12,3 Prozent** zurück, der **Straßenbau** ist mit **-6,8 Prozent** ebenfalls rückläufig.

Einen maßgeblichen Einfluss auf die Auftragslage haben die erteilten Baugenehmigungen. Sie dienen zudem als Indikator dafür, wie sich die Auftragslage im zweiten Halbjahr entwickeln wird. Die **Genehmigungen für den Wohnungsneubau** lagen im Zeitraum von Januar bis Juni 2023 bei **-36,3 Prozent** im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Nach wie vor sorgen Zinssteigerungen, deutlich zulegende Baukosten, nochmals erhöhte energetische Anforderungen und die Unsicherheit über das weitere Vorgehen der Politik für ein Umfeld, in dem Investoren auf der Bremse stehen. Die von der Politik angestrebten Ziele im freien und geförderten Wohnungsbau sind aus Sicht der Bauindustrie NRW absehbar unrealistisch.

Rohstoffabgabe

Diese Entwicklungen waren im Mai/Juni 2022 zum Zeitpunkt der Koalitionsverhandlungen nicht vorhersehbar. Zum jetzigen Zeitpunkt und vor dem Hintergrund der umrissenen Situation halten wir allerdings die **Einführung einer Rohstoffabgabe für nicht zielführend** und schädlich für die baukonjunkturelle Lage in NRW. Bauen darf nicht künstlich noch teurer gemacht werden, die Politik sollte stattdessen auf positive Maßnahmen setzen, nachhaltige

Baustoffe wie z.B. Rezyklate und nachwachsende Rohstoffe fördern und attraktiver machen und nicht durch fragwürdige ordnungsrechtliche Maßnahmen versuchen, deren Einsatz künstlich zu erzwingen.

Aus Sicht der BAUINDUSTRIE NRW wären die zusätzlichen finanziellen Belastungen durch die geplante Einführung einer Rohstoffabgabe Gift für die ohnehin nachlassende Baukonjunktur in NRW und würde die Menschen in NRW zusätzlich belasten: der private Wohnungsbau würde noch weiter verteuert, der geförderte Wohnungsbau für den Steuerzahler ebenfalls teurer. Dies würde höchstwahrscheinlich zum Bau von weniger gefördertem und privat finanziertem Wohnraum führen. Angesichts der immensen Aufgaben bei Erhalt und Ausbau der essenziellen Verkehrsinfrastruktur in NRW ist auch hier mit höheren Belastungen für den Steuerzahler und einem Rückgang des Bauvolumens zu rechnen.

Vorhandene einheimische Ressourcen wie Kies und Sand sollten – wo nicht substituierbar – intelligenter genutzt werden. Können diese nicht regional gefördert werden, erfolgt derzeit ein ökonomisch und ökologisch fragwürdiger Import über weite Strecken aus Drittländern: Transporte z.B. aus Norwegen über die niederländischen Häfen, Schienen und Straßen zum Einsatzort sind schlichtweg nicht klimafreundlich. Genehmigungen für den Abbau müssen deshalb am Bedarf ausgerichtet erteilt werden. Insofern würden wir ein im Zukunftsvertrag von CDU und Grünen angekündigtes, „konsequentes, wissenschaftlich fundiertes Rohstoffmonitoring“ befürworten, um den Verbrauch von Kies und Sanden transparent zu machen. Dieses sollte um ein entsprechendes Monitoring über potenziell verfügbare Recyclingrohstoffe ergänzt werden und auch aufzeigen, in welchem Maße diese vor dem Hintergrund aktueller Normen und Regularien überhaupt rechtssicher genutzt werden können.

Vorbildfunktion der Öffentlichen Hand

Bislang vergeben gerade öffentliche Auftraggeber auf Landes- oder kommunaler Ebene Bauaufträge in der Regel an den billigsten Anbieter. Nachhaltige Bauweisen und innovative und klimafreundliche Baustoffe kommen dadurch in NRW noch zu selten zum Einsatz. Die Bauwirtschaft spricht sich deshalb dafür aus, dass regionale Bauprodukte mit dem Vorteil kurzer Wege und regionaler Wertschöpfung sowie Recyclingbaustoffe und CO₂-einsparende Logistikkonzepte zukünftig gemeinsam eine größere Rolle bei Auftragsvergaben spielen müssen. Der gesamte Lebenszyklus eines Bauwerkes sollte bei Vergaben in den Blick genommen und darauf geachtet werden, eingesetzte Baustoffe am Ende eines Gebäudelebens wiederverwenden zu können und nicht deponieren zu müssen.

Das NRW-Klimaschutzgesetz sieht zur Umsetzung der Klimaschutzziele durch die Landesregierung in § 4 Abs. 6. vor, dass die Industrie in ihrem Transformationsprozess begleitet werden soll. Mit der Rohstoffabgabe soll allerdings in die Gewinnung von Rohstoffen zur Weiterverarbeitung in Bauprodukte unangemessen eingegriffen werden, indem der Markt reglementiert wird. Damit würde die Landesregierung deutlich über ihre eigenen Vorgaben hinausgehen. Zudem sind derzeit am Markt Recyclingbaustoffe für den Einsatz im Hochbau nicht im ausreichenden Umfang und in der erforderlichen Qualität vorhanden, dieses Problem wird sich nicht von einem Tag auf den nächsten per Gesetz auflösen lassen. Vielmehr sollten der Markt durch positive Anreize stimuliert werden, die Vergabepaxis der Öffentlichen Hand ist dafür ein mächtiger Hebel.

Wir unterstützen daher die im Antrag unter III. Beschlussfassung aufgeführten Punkte vollumfänglich.

Wir wünschen dem Ausschuss erfolgreiche Beratungen und stehen im Rahmen der Expertenanhörung und auch darüber hinaus gerne bei Fragen zur Verfügung.

Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen e.V.